

„Niemand strandet auf Helgoland“

Podiumsdiskussion zum Thema Asyl

LÜNEN. „Wer bleibt auf der Strecke? Risiken und Nebenwirkungen europäischer Asylpolitik“ – so lautete das Thema der Podiumsdiskussion am Freitagabend im Rathaus.

Teilgenommen haben Prof. Dr. Dietmar Köster (Europaabgeordneter), der SPD-Landtagsabgeordnete Rainer Schmeltzer, Benedikt Kern (Institut für Theologie und Politik in Münster), Wolfram Kuschke (Ehrenvorsitzender des Landesverbandes der Europa-Union NRW), Ludger Trepper (Fachdezernent Stadt Lünen) und Michael Stache (stellv. Superintendent im Kirchenkreis Dortmund).

Situation spitzt sich zu

Gleich zu Beginn machte Kern den Ernst der Lage klar. „Die Situation der Flüchtlinge spitzt sich zu. Italien überlegt, die Häfen zu schließen“. Die Bundesregierung dürfe Italien nicht im Stich lassen. Ein Land, das von der Flüchtlingskrise besonders betroffen ist.

Die dramatischen Bilder von Menschen, die auf dem Mittelmeer ums Überleben kämpfen und dann zum Beispiel auf Lampedusa stranden, gehen um die Welt. Überhaupt: „Unser schönes Urlaubsitalien ist nicht geeignet für Flüchtlinge“, so Jürgen Evert vom Arbeitskreis Flüchtlinge, der zu der Veranstaltung eingeladen hatte, und verweist auf das mangelnde Sozialsystem. Italien sei nur ein Beispiel. Griechenland oder Ungarn, Länder an den EU-Außengrenzen, seien überfordert.

Die Verordnung „Dublin III“ besagt, dass Flüchtlinge in dem Land, in dem sie erstmals europäischen Boden betreten haben, den Asylantrag stellen müssen. Reisen sie etwa bis nach Deutschland durch, können sie in das Land der Ersteinreise zurückgeführt werden. Die Übernahme von Asylverfahren war für andere Staaten bislang aber möglich. Klar wurde, warum das Thema auch Kommunen etwas angeht. „Wir brauchen verlässliche Bedingungen. Das Schlimmste ist, wenn der Weg mit den Flüchtlingen aufgrund der Dublin-Verordnung abrupt endet“, betonte Ludger Trepper. Er forderte deutlich mehr Flexibilität. Lünen als Kommune solle selbst entscheiden können, ob ein Flüchtling bleiben dürfe, oder nicht. Bei der derzeit zwischen EU-Parlament und EU-Mitgliedsstaaten verhandelten Reform „Dublin IV“ ist eine Übernahme von Asylanträgen hingegen nicht mehr vorgesehen.

Internationale Aufgabe

Somit wäre nicht nur Lünen, sondern Deutschland außen vor. Benedikt Kern: „Niemand strandet auf Helgoland.“ Es herrscht Einigkeit: Die Bewältigung der Situation ist eine internationale Aufgabe. Deutlich wird auch: Hinsichtlich der Kooperationsbereitschaft der EU-Staaten ist Luft nach oben. *dr*



Dr. Dietmar Köster (stehend) informierte ebenso über die Lage wie viele weitere Referenten.

RN-FOTO REININGHAUS